

ZÜRICH WILL BASLER GESCHÄFTSMIETEN-MODELL ÜBERNEHMEN

Und der Föderalismus funktioniert doch!

Daniel Gerny

Albert Leiser und Walter Angst vertreten im politischen Alltag seit Jahren meistens Gegenpositionen. Leiser ist FDP-Politiker von altem Schrot und Korn und ausserdem Direktor des Zürcher Hauseigentümerverbandes. Und Angst ist Altlinker und Bürgerschreck vom Dienst sowie das derzeit bekannteste Gesicht des Zürcher Mieterverbandes. Es gibt in der Stadt Zürich wohl kaum zwei andere Parlamentarier, die weniger verbindet als Leiser und Angst. Wenn also die beiden gemeinsame Sache machen, müssen entweder die Zeiten stürmisch sein oder die Not gross.

In der zweiten Corona-Welle ist beides der Fall: Ladenbesitzern und Wirten kommt wegen des Virus das Geschäft abhanden – und die Vermieter von Geschäftsliegenschaften wissen, dass ihre eigenen Einnahmen früher oder später mitrutschen. Wenn wegen der Pandemie das Leben in der Innenstadt nur noch im Slow-Modus läuft oder ganz pausiert, sitzen Leiser und Angst für einmal im selben Boot. Am Mittwoch hat das Duo im Gemeinderat einen gemeinsamen Vorstoss eingereicht, der die Probleme entschärfen soll. Der Vorschlag ist so bestechend, dass es kaum Gründe dagegen gibt.

Das Prinzip ist denkbar einfach: Die Hauseigentümer müssen auf einen Drittel der Miete verzichten und die Geschäftsmieter einen Drittel davon entrichten. Können sich Mieter und Vermieter auf diesen Schlüssel einigen, steuert die Stadt einen weiteren Drittel zu den Mietkosten bei. Es mag auf den ersten Blick unschön sein, dass die öffentliche Hand dabei ein weiteres Mal Geld ausschütten muss. Doch erstens gibt es bei diesem Modell keinen bedingungslosen Anspruch auf Unterstützungsgelder. Zum Handel kommt es nur, wenn alle einen Beitrag leisten. So kann – zweitens – auf pragmatische Weise verhindert werden, dass die ganze Last auf einer Schulter landet und Konkurse die Allgemeinheit auf anderem Weg beanspruchen. Oder kurz gesagt: Geteiltes Leid ist gedritteltes Leid.

Pionierkanton für dieses Konzept ist Basel-Stadt: Dort hatten die Mieter- und Vermietersverbände sowie der Wirteverband das Konzept für ein solches Drei-Drittel-Rettungspaket schon wenige Wochen nach dem ersten Lockdown im Frühjahr präsentiert. Nur ein paar Wochen später wurde das Modell vom Kantonsparlament ohne viel Gerede und ohne Gegenstimme verabschiedet. In Basel lief das Drei-Drittel-Rettungspaket vorerst während der drei Monate andauernden ausserordentlichen Lage. Pro Monatsmiete war der öffentlich finanzierte Betrag auf maximal 6700 Franken, insgesamt auf 20 000 Franken beschränkt.

Die Belastung für den Kanton hielt sich in Grenzen: Von den 18 Millionen Franken, die das Parlament bereitstellte, sind gemäss dem Basler Finanzdepartement nur gerade 5,5 Millionen eingesetzt worden. Das deutet darauf hin, dass die Anreize richtig gesetzt sind: Der clevere Deal führte nicht zu einem hemmungslosen Run auf die Staatskasse. Die Rolle von Leiser und Angst spielen in Basel die Grossräte Andreas Zappala vom Hauseigentümer- und Beat Leuthardt vom Mieterverband. In einer Motion haben die beiden soeben eine Neuauflage des Drei-Drittel-Rettungspaketes vorgeschlagen.

Die ungewöhnliche Kooperation zwischen Albert Leiser und Walter Angst ist deshalb nicht nur ein Beispiel für souveräne politische Kompromisskultur. Der Vorgang zeigt gleichzeitig, dass der Föderalismus resistenter ist, als es während des gegenwärtigen Corona-Massnahmen-Durcheinanders scheint. Das Krisenmanagement durch die Kantone der letzten Wochen hat vor allem an mangelnder Abstimmung und den unterschiedlichen Haltungen der einzelnen Regierungen gelitten. Als Ideen-Generator funktioniert der Föderalismus jedoch, weil der Wettbewerb zu Vielfalt bei der Lösungssuche führt. Das Drei-Drittel-Rettungspaket mag nur ein Mosaiksteinchen bei der Bewältigung der Corona-Krise sein – und doch steht es für kluge Politik.